

ENERGIE FÜR MANNHEIM



ETATREDE 2012/2013

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



gehalten von
Stadträtin Gabriele Thirion-Brenneisen, Fraktionsvorsitzende
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat, vor dem
Gemeinderat der Stadt Mannheim am 22. November 2011

ENERGIE FÜR MANNHEIM • ETATREDE 2012/2013

HAUSHALTAUFSTELLUNG ZWISCHEN GUTER KONJUNKTUR UND STRUKTURELLER UNTERFINANZIERUNG	2
KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGKEIT	
ALS GRUNDSÄTZE GRÜNER HAUSHALTSPOLITIK	4
Daseinsvorsorge und Energiewende in Bürger_innenhand	4
Klimaschutz als Frage globaler Gerechtigkeit	4
Klimaschutzkonzept umsetzen	4
Klimaschutz in Technischen Betrieben und Städtische Gesellschaften	5
Energetische Sanierung als Konjunkturprogramm	5
Umwelt- und Naturschutz als Frage der Gerechtigkeit	5
Lärmaktionsplan so schnell wie möglich abarbeiten	5
Die städtische Fahrzeugflotte umbauen	5
Stadtklimatische Gesichtspunkte stärker beachten	5
Natur- und Umweltschutz ausbauen	6
Stadtplanung für eine lebendige Stadtgesellschaft	6
Konversion braucht weiterhin breite Bürger_innenbeteiligung	6
Die Metropolregion Rhein-Neckar braucht keinen Flugplatz	7
Verkehr: Rad- und Fußverkehr	7
Verkehr: Wildes Parken	7
Verkehr: Verkehrsberuhigung	7
Unterstützung für Veggie-Day	7
Mehr Tierschutz für Mannheim	7
MEHR PLATZ FÜR UNSERE KINDER	8
„Attraktivitätsfonds“ für Erzieherinnen	8
Erzieher_innen fort- und weiterbilden	8
Ausbau von Krippen und Horten	8
Frühe Hilfen heißt Brücken bauen	8
Adoptiv- und Pflegekinder stärken	9
Offene Jugendarbeit stärken	9
Kinder- und Jugendbeteiligung auf gutem Weg	9
Jugendtreffs für Wallstadt und Schwetzingenstadt	9
BILDUNGSCHANCEN FÜR ALLE	10
Die Gemeinschaftsschule nach Mannheim holen	10
Ganztageserschulungsbau weiterführen	10
Schulsozialarbeit ausbauen	11
Inklusion in der Schule	11
Bildungssystem im Wandel	11
Förder- und Sonderschulen im Fokus	11
Deutliche Veränderungen bei beruflichen Schulen	11
Gesucht: eine ganzheitliche Schulentwicklungsplanung	11
Sanierung der Mannheimer Schulen fortführen	11
Bildung nicht nur in der Schule und nicht nur für Kinder und Jugendliche	12
Zugang zum zweiten Bildungsweg erleichtern	12
Bildungsangebote für Menschen in schwierigen sozialen Lagen	12
FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT EINTRETEN	13
Sozialticket jetzt!	13

Familienpass Plus bleibt!	13
Prostitution – Beratung und Hilfe zum Ausstieg	13
Frauen- und Mädchennotruf nicht alleine lassen	14
Netzwerk Mädchenarbeit (NeMa) fördern	14
Pflegerechtsreform und Wahlrecht bei Pflege	14
Behinderte und Inklusion	14
Teilhabeplan weiterentwickeln	14
Nachbarschaftshilfe und Gesundheitsvorsorge ausbauen	15
Mehrgenerationenhaus in Mannheim erhalten	15
WIR RIEFEN ARBEITSKRÄFTE UND ES KAMEN MENSCHEN (Max Frisch)	16
Einbürgerungskampagne als Imagekampagne für Mannheim	16
Integrationsarbeit aufwerten	16
Wirtschaft fördern – am Zentrenkonzept festhalten	16
Vertrauen statt Misstrauen	16
Kommunalen Ordnungsdienst neu ausrichten	17
FÜR KULTURELLE UND GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT	18
Kulturelle Vielfalt stärken – Teilhabe für alle ermöglichen	18
Produktionszentrum „Darstellende Kunst“ vorantreiben	18
Ziele des Kulturamts überarbeiten	18
Kulturpass vorantreiben	18
Das Land in die Pflicht nehmen	19
Kultur als Alternative zu Konsum	19
Kulturhauptstadt – der Weg ist das Ziel	19
Mannheim – ein Zentrum der Queer-Community	19
CSD als Beitrag zum Image Mannheims	19
Großes ehrenamtliches Engagement der Queer-Community	19
Spezielle Bedarfe der Community berücksichtigen	19
Die Bürger_innen stärker beteiligen	20
Bezirksbeiratsbudgets und Stadtteilnähe	20
Die Bürger_innen entscheiden	20
Beteiligungshaushalt für Mannheim	20
Mannheim als Fairtradetown	20
Alle sind immer anders verschieden!	20
PRÄVENTION STÄRKEN – SELBSTHILFE VERBESSERN	21
Freizeit und Sport geben verbrauchte Energie zurück	21
Selbsthilfe chronisch Kranker und Behinderter verbessern	21
Sozialpsychiatrischer Dienst und Suchtkrankenhilfe brauchen Unterstützung	22
Ambulante Arbeit mit minderjährigen Sexual„straftäter“	22
DER MENSCH IM MITTELPUNKT	23
Das Personal	23
Der Verwaltungsumbau	23
Die Stadtteilorientierung	23
Die Servicrufnummer	24
Der Datenschutzbeauftragte	24
SCHLUSSBEMERKUNG UND DANKSAGUNG	24



HAUSHALTAUFSTELLUNG ZWISCHEN GUTER KONJUNKTUR UND STRUKTURELLER UNTERFINANZIERUNG



aktuelle Finanzkrise wirkt sich bisher nicht auf die kommunalen Ein- und Ausgaben aus, doch die Risiken bestehen. Von daher begrüßen wir die Planung des Haushaltes auf der Grundlage vorsichtig geschätzter Steuereinnahmen.

Die Kommunen sind in Deutschland strukturell unterfinanziert. Land und Bund stehen klar in der Pflicht die Kommunen wieder voll handlungsfähig zu machen. Wir erkennen an, dass die grün-rote Landesregierung erste hoffnungsvolle Schritte geht mit der Weitergabe der Einnahmen aus der Erhöhung der Grunderwerbssteuer an die Kommunen. Auch ist die Übernahme der Grundsicherung im Alter, die der Bundesregierung durch die Opposition abgetrotzt wurde, eine deutliche Entlastung der Kommunen. Es braucht aber weitere Schritte. Die Gewerbesteuer muss nicht nur erhalten bleiben, ihre Bemessungsgrundlage muss erweitert werden. Diesbezüglich freuen wir uns über die klaren Worte des Kämmerers.

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,

die wirtschaftlichen Rahmendaten für die Aufstellung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2012/2013 sind deutlich besser als beim vorherigen Doppelhaushalt. Dennoch kann man die Grundlagen nicht wirklich als gut bezeichnen. Die notwendigen Investitionen sind nur für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 selbst gesichert. In der mittelfristigen Finanzplanung sinken die geplanten Investitionen drastisch. Auch zeigt der Haushalt trotz der Verbesserungen durch das Neue Kommunale Haushaltsrecht (NKHR) immer noch nicht die ganze Wahrheit in Bezug auf den jährlichen Vermögensverzehr. Dazu kommt die politische Großwetterlage: Schon nach extrem kurzer Zeit befinden wir uns erneut in einer massiven Finanzkrise weltweiten Ausmaßes – unter anderem weil man aus der letzten Krise nichts gelernt hat und die Regulierung der Finanzmärkte ausgebremst wurde. Die

Die steigenden Ausgaben im Sozialbereich prägen zunehmend den städtischen Haushalt. Die sozialen Rahmenbedingungen in diesem Land werden vorrangig durch die Bundespolitik vorgegeben. Nicht immer zum Vorteil der Bürger_innen und der Kommunen, wie man am Beispiel der Kürzung der Eingliederungsmittel für Langzeitarbeitslose erkennen kann: Dort wird nur noch ein Drittel der Entgeltvarianten oder Arbeitsgelegenheiten finanziert. Folgerichtig müsste der Bund auch die finanziellen Folgen seiner Entscheidungen tragen und nicht die Kommunen. Im Sinne der Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen fordern wir vehement ein, dass der Bund diese Kosten zukünftig übernimmt! Doch die Bundesregierung marschiert genau in die entgegen gesetzte Richtung und versucht erneut in die Kassen der Kommunen zu greifen. Die Steuersenkung zur Befriedung der Koalition sollen die Länder und Kommunen zahlen. Hier sagen wir klar nein und setzen auf die Vernunft des Bundesrates.



Mannheim ist aber beim Thema strukturelle Verbesserungen auch selbst in der Pflicht. Soweit es aus eigener Kraft möglich ist, müssen Einsparungen und Mehreinnahmen angegangen werden um die Verschuldung zurückzuführen und die Zinslast zu senken. Hier wollen wir im Doppelhaushalt 2012/2013 weitere Schritte gehen und werden – mit Augenmaß – entsprechende Vorschläge einbringen. Denn bei allen Maßnahmen haben wir nicht nur die finanziellen Folgen der Maßnahme selbst, sondern auch die Folgen des Nicht-Handelns in anderen Feldern im Auge. „Wir haben die Welt von unseren Kindern nur geborgt“ – so heißt der legendäre Wahlslogan der GRÜNEN. Doch was haben unsere Kinder davon, wenn wir ihnen die Welt zwar weitgehend schuldenfrei, aber mit maroder Infrastruktur, desolaten Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und Teilhabechancen nur für den geringsten Teil der nächsten Generation zurückgeben? Wir GRÜNE stehen für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Schuldenabbau, Investitionen und strukturellen Verbesserungen im Zusammenleben unserer Stadtgesellschaft.



Der vorliegende Haushaltsentwurf der Stadt Mannheim ist im Wesentlichen eine Fortschreibung des letzten Doppelhaushaltes, der damals unter schwierigsten Rahmenbedingungen zustande kam und dem zusätzlich ein Haushaltsstrukturprogramm anbei gestellt werden musste. Den letzten Haushalt und das Haushaltsstrukturprogramm haben wir in Verantwortung für diese Stadt angesichts der damals schwierigen Lage mitgetragen. Dies im Bewusstsein, dass Haushalt und Strukturprogramm bei weitem nicht dem entsprachen, was wir für diese Stadt und deren Bürgerinnen und Bürger für nötig erachten, was aber damals leider nicht zu leisten war. Wir haben angesichts der damals schwierigen Konjunktur die Wirtschaft geschont, um eine konjunkturelle Erholung zu ermöglichen. Den Weg des „deficit spending“ sind wir in den letzten Jahren verantwortungsvoll mitgegangen und haben die Verschuldung der Stadt akzeptiert, um die substanziellen Bedrohungen durch die Krisen nicht zu verschlimmern. Beides war richtig! Gleichzeitig haben wir damals bereits angekündigt, eine Erhöhung der Gewerbesteuer ab dem Jahr 2012 zu

erwägen – so wie es auch in der damaligen mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen war. Wir haben uns nun entschlossen, diesen Weg tatsächlich zu gehen und eine Rückführung des Gewerbesteuersatzes auf den alten Hebesatz von 430 Punkten vorzuschlagen. Dies ist kein unumstrittener Weg – aber nach Abwägung aller Argumente stehen wir zu diesem Vorschlag. Die Stadt Mannheim benötigt die Einnahmen aus einer Rückführung auf den alten Hebesatz! Wir wollen die Einnahmen aus der Gewerbesteuererhöhung jedoch nicht in Leuchtturmprojekte stecken. Sie müssen dazu dienen, den Schuldenabbau voranzutreiben und mit niedrigeren Zinsbelastungen für die Stadt den Gestaltungsspielraum wieder zurückzugewinnen. Nur so sind Investitionen in den Bereichen Bildung und Betreuung, Soziales und Klimaschutz und die strukturelle Verbesserung des Zusammenlebens in dieser Stadt möglich. Nachdem bei den letzten Haushaltsberatungen die Bürgerinnen und Bürger stärker gefordert waren, ist dieses Mal die Wirtschaft an der Reihe ihren Beitrag zu leisten.



KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGKEIT ALS GRUNDSÄTZE GRÜNER HAUSHALTSPOLITIK



Wir setzen bei diesem Doppelhaushalt einen Schwerpunkt auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit, damit

- Frei- und Naturflächen für kommende Generationen erhalten bleiben,
- das Klima geschützt und der Energieverbrauch für eine globale Gerechtigkeit gesenkt wird,
- die kommunale Entwicklungszusammenarbeit gestärkt und die Millenniumsziele umgesetzt werden,
- eine gerechte Mobilität die Ausgewogenheit zwischen allen Verkehrsteilnehmer_innen herstellt und
- durch besseren Lärm- und Emissionsschutz insbesondere in belasteten Gebieten lebenswerte Wohnverhältnisse für alle entstehen.

Daseinsvorsorge und Energiewende in Bürger_innenhand

Wir GRÜNE treten für starke Kommunen ein, die die Daseinsvorsorge vor Ort sicherstellen. Daseinsvorsorge ist umfassend und heißt nicht nur Abwasser und Müllentsorgung. Dazu gehört ebenso die gesamte Energie- und Wasserversorgung. Entsprechend soll auch über Strom und Wasser

zukünftig wieder vor Ort durch die Mannheimer Bürgerschaft beziehungsweise ihre politischen Vertreter_innen im Gemeinderat entschieden werden. Die Daseinsvorsorge gehört in Bürgerhand! Diesen Rückhol-Prozess wollen wir anstoßen. Deshalb werden wir im Rahmen des nächsten Doppelhaushaltes Gelder für ein Gutachten einstellen, das verschiedene Handlungsalternativen wirtschaftlich und rechtlich überprüft: die Rekommunalisierung von Teilen der MVV Energie AG, die Neugründung eines Stadtwerkes in Mannheim sowie weitere Optionen unter Einbeziehung der Metropolregion. Auf Basis der Ergebnisse dieses Gutachtens wollen wir eine Diskussion anstoßen, wie sie auch in breiten Teilen Deutschlands geführt wurde und zu einigen Rekommunalisierungen geführt hat. Gemeinsam mit den Bürger_innen soll aufbauend auf dem Gutachten eine Mannheimer Lösung gefunden werden. Nur so können wir die Energiewende in Baden-Württemberg auch vor Ort umsetzen.

Klimaschutz als Frage globaler Gerechtigkeit

Klimaschutz ist eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Es ist nicht hinnehmbar, dass die armen

Länder im Süden die Hauptleidtragenden eines im Wesentlichen durch die Industrienationen verursachten Klimawandels sind. Auch die Kommunen müssen zum Klimaschutz beitragen. Die Forderung nach mehr Klimaschutz steht inzwischen an zentraler Stelle in den Programmen aller Parteien – bei der Umsetzung treten die Unterschiede zu Tage. Die Entscheidung für das neue Kohlekraftwerk in Mannheim führt dazu, dass die Menschen und das Klima mit zusätzlichem Feinstaub, Stickoxiden und CO₂ belastet werden. Die – leider notwendige – Bereitstellung der sogenannten Kaltreserve durch den Block 3 des GKM im Rahmen des Atomausstiegs war und ist keine Zustimmung zu dem beabsichtigten Neubau. Es wird sich zeigen, dass die Bereitstellung der Kaltreserve nach zwei Jahren beendet ist und der Zubau durch Gas und regenerative Energien die Versorgungssicherheit nun endgültig gewährleistet.

Klimaschutzkonzept umsetzen

Mit der Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes sind wir in Mannheim einen wichtigen Schritt vorangekommen. Jetzt kommt es darauf an, die ambitionierten Ziele und Maßnahmen Schritt für Schritt umzusetzen. Wir wollen den Klimaschutzetat aufstocken und die erfolgreiche städtische Klimaschutzkampagne fortsetzen.

Klimaschutz in Technischen Betrieben und Städtischen Gesellschaften

Die Stadt hat viele Aufgaben auf ihre Töchter übertragen. Auch wenn ein Teil der Gesellschaften formaljuristisch gesehen unabhängig von der Stadt agiert, unterliegen alle der Aufsicht durch den Gemeinderat beziehungsweise dessen Mitglieder. Für uns ist es deshalb selbstverständlich, dass deren Geschäftsführer und Aufsichtsgremien bei allen Entscheidungen die ökologische Zielrichtung des städtischen Klimaschutzkonzeptes beachten und umsetzen. Gestützt wird dies durch ein kürzlich ergangenes höchstichterliches Urteil, nach dem ein Gemeinderat auch als Aufsichtsratsmitglied den Beschlüssen des Gemeinderats unterworfen bleibt.

Energetische Sanierung als Konjunkturprogramm

Die energetische Sanierung ist das Paradebeispiel für nachhaltige Investitionen, da in den auf die Sanierung folgenden Jahren große Einsparungen beim Energieverbrauch erzielt werden. Viele Gebäude in städtischem Besitz sind energetisch dringend verbesserungsbedürftig. Das Konjunkturpaket II hat uns geholfen, einen Teil

des Sanierungsstaus abzubauen – viele Gebäude harren trotzdem noch ihrer Sanierung. Wir erwarten deshalb, dass nicht nur die im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes eingestellten Gelder in die energetische Sanierung investiert werden, sondern auch die durch bereits durchgeführte Sanierungsmaßnahmen eingesparten Mittel. Um den Sanierungsstau abzubauen bedarf es aber auch zusätzlicher Personalstellen, da sonst die Fachleute für Planung und Steuerung fehlen und die Mittel nicht abgerufen werden können. Und nicht zu vergessen: Die energetische Sanierung ist zudem ein kleines Konjunkturprogramm für unsere örtlichen Handwerksbetriebe, wenn wir kleinteilig ausschreiben!

Umwelt- und Naturschutz als Frage der Gerechtigkeit

Umwelt- und Naturschutz sind nach wie vor GRÜNE Kernanliegen. Gute Luft, gesundes Stadtklima, viel Grün und wenig Lärm verbessern die Lebensqualität in einer Stadt entscheidend. Ziel muss eine hohe Lebensqualität für alle sein und nicht nur für diejenigen, die sich eine Wohnung im Grünen leisten können. In Zeiten steigender Energiepreise stehen wir zu dem Ziel, mit einem sparsamen Energieverbrauch die Senkung der Nebenkosten zu erreichen. Hierfür sind bei Neubauten optimierte Bau- und Anlagentechniken vorzuschreiben.

Lärmaktionsplan so schnell wie möglich abarbeiten

Beim Thema Lärm besteht dringender Handlungsbedarf. Die im Lärmaktionsplan festgelegten Maßnahmen müssen so schnell wie möglich umgesetzt werden. Der bisherige Haushaltsentwurf sieht hierfür zu unserem großen Bedauern zu wenig Mittel vor. Wir meinen, dass Bedarf für zusätzliche Haushaltsmittel für Lärmschutzmaßnahmen besteht.

Die städtische Fahrzeugflotte umbauen

Die städtische Fahrzeugflotte hat einen viel zu hohen Ausstoß an Schadstoffen. Sie muss dringend erneuert werden, die notwendigen Mittel sind im Haushalt bereitgestellt. Soweit möglich fordern wir aber die konventionelle Fahrzeugbeschaffung zu stoppen und diese Mittel in – bei der Stadt mittlerweile erprobte – Formen wie CarSharing, Dienstfahräder und übertragbare Monatskarten zu investieren. Über die Jahre betrachtet rechnen sich diese Investitionen durch sinkende Betriebskosten.

Stadtklimatische Gesichtspunkte stärker beachten

Der Schutz unbebauter Freiflächen hat für uns GRÜNE hohe Priorität. Besonders Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebiete müssen von einer Bebauung freigehalten werden. Wir drängen darauf, dass die vom Gemeinderat beschlossenen Biotopnetzungen Süd, Mitte und Nord schnellstmöglich umgesetzt werden. Neben einer durchgängigen Grünverbindung vom Käfertaler Wald bis hin zum Rhein wollen wir den Landschaftspark Rhein zu einer naturnahen Auen- und Kulturlandschaft entwickeln. Naturschutz, Naherholung und eine extensive Landwirtschaft mit überwiegend Grünland im Süden müssen genau wie historisch genutzte Ackerflächen im Norden um Kirschgartshausen im Landschaftspark ihren Platz finden. Wir wollen die Grünflächen erhalten, ergänzen und vernetzen.

Natur- und Umweltschutz ausbauen

Die programmatischen Forderungen für eine Stärkung des Naturschutzes müssen natürlich auch personell untermauert sein. Personelle Engpässe beim gegenwärtigen Dezernat IV gerade im Bereich Naturschutz müssen aufgelöst werden. Stärken und kontinuierlich ausbauen wollen wir ebenso die wichtigen umweltpädagogischen Angebote außerhalb der Stadtverwaltung. Das Umweltzentrum als Zusammenschluss von zwölf Umweltinitiativen leistet hier eine hervorragende Arbeit, die unserer Auffassung nach nicht ausreichend von der Stadt unterstützt wird.

Stadtplanung für eine lebendige Stadtgesellschaft

Bei der Stadtplanung wollen wir erreichen, dass denkmalgeschützte Bauwerke und städtebauliche Strukturen erhalten werden. Dabei sind Neubauten sorgfältig in das gewachsene Umfeld einzufügen. Zwei Punkte erscheinen uns dabei besonders wichtig: Bei Neubauten, die das Stadtbild prägen, sind erstens grundsätzlich Wettbewerbe auszuschreiben. Zweitens sollen private Bauherren kostenlos vom Gestaltungsbeirat beraten werden. Nur so entwickeln wir eine lebendige und funktionierende Stadtgesellschaft.

Konversion braucht weiterhin breite Bürger_innenbeteiligung

Umfragen und Studien, aber auch die Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung bei der Konversion der freierwerdenden US-Flächen belegen, dass Grün-

flächen und Parks bei den Mannheimer Bürgerinnen und Bürgern höchste Priorität haben. Dies entspricht voll und ganz den Zielen GRÜNER Politik. Deshalb muss auch der Wunsch der Stadtverwaltung nach Durchführung einer Bundesgartenschau (BUGA) im Rahmen der Konversionsflächen mit den Bürger_innen abgestimmt werden. Die bestehenden Bestrebungen und Konzepte müssen gemeinsam in einem Entwicklungskonzept Konversion aufgearbeitet werden. Wir fordern die Verwaltung außerdem auf, die möglichen Zuschüsse von Bund und Land verbindlich abzuklären. Ziel muss dabei sein, die Nutzungsplanung für die Konversionsflächen ökologisch, altlastenfrei und vor allem zügig umzusetzen. Nur so sehen wir darin eine Chance für die strategische Entwicklung eines räumlichen Leitbildes Konversion. Klar ist: Eine breite Bürger_innenbeteiligung ist für uns Voraussetzung für die weitere Unterstützung.

Die Metropolregion Rhein-Neckar braucht keinen Flugplatz

Wir haben in Frankfurt und Stuttgart Flughäfen, die in einer Stunde – auch mit der Bahn – erreichbar sind. Deshalb wollen wir den Verkehrslandeplatz Neuostheim nicht mehr subventionieren. Hier wird mit Steuergeldern eine Infrastruktur aufgebaut und unterhalten, die nicht notwendig ist. Ebenso treten wir für eine ersatzlose Schließung des Coleman-Airfield in Mannheim-Sandhofen ein. Flugverkehr ist für das Klima besonders schädlich und belastet die Region mit Lärm. Wir brauchen keinen Regionalflughafen, weder in Mannheim noch in der Region.

Verkehr: Rad- und Fußverkehr

Wir freuen uns darüber, dass erstmals in der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters das Thema Radverkehr eine Rolle gespielt hat. Konkrete Schritte in Richtung einer fahrradfreundlichen Stadt sind formuliert und im Haushalt eingeplant. Wichtig ist hierbei aber auch die exakte Darstellung in der Öffentlichkeit: Die Millionen für den Umbau der Bismarckstraße sind nur zu einem geringen Teil dem Ausbau des Radverkehrs zuzurechnen. Ebenso positiv ist anzumerken, dass Lückenschlüsse im Radverkehrsnetz endlich auf der Agenda stehen – hier dürfen aber auch die Vororte nicht vergessen werden. Nun gilt es, nicht locker zu lassen. Die Ampel steht für dieses Thema im Land Baden-Württemberg auf Grün.

Damit die Pläne rasch realisiert werden können, brauchen wir endlich eine Planungsstelle Radverkehr. Die Fortsetzung des erfolgreichen Rad-



salons muss finanziell abgesichert werden. Ein Fahrradleihsystem wollen wir noch vor dem Katholikentag verwirklicht sehen – die Verwaltung ist hier auf einem guten Weg. Dafür muss eine Erstinvestition für 20 Leih-Stationen und 200 Leihräder bereit gestellt werden. Ebenso wollen wir die Beteiligung an der Radverkehrskampagne „Kopf an – Motor aus“ des Landes und die neu gestartete Mobilitätsbildung an Schulen im Haushalt verankern.

Verkehr: Wildes Parken

Wir müssen dem wilden Parken in den Fußgängerzonen sowie auf Rad- und Fußwegen endlich Einhalt gebieten. Wir brauchen eine Kampagne gegen dieses rücksichtslose Parken und müssen nach Möglichkeiten der härteren Bestrafung suchen. Die menschenfreundliche Innenstadt der Zukunft wird zum größten Teil autofrei und für die Durchfahrt gesperrt sein.

Verkehr: Verkehrsberuhigung

Der Umbau der Straße zwischen H2 und G2 ist ein Beispiel dafür, wie gut Verkehrsberuhigung durch die Bürger_innen angenommen wird. Der Umbau in T4/T5 darf dort nicht zu mehr Verkehr führen, es dürfen keine neuen Straßen für PKW entstehen – die Mehrbelastung durch den geplanten Neubau auf Q6/Q7 ist schon jetzt zu groß. Investitionen in Verkehrsstrukturen müssen für mehr Öffentlichen Nahverkehr, mehr Rad- und Fußverkehr und deutlich weniger motorisiertem Individualverkehr eingesetzt werden.

Unterstützung für Veggie-Day

Leider wurde unser Antrag, einen Veggie-Day einzuführen, von der Verwaltung verworfen. Andere Städte wie Freiburg oder Karlsruhe waren vorausschauender und servieren donnerstags vegetarische Gerichte. Dies verringert nicht nur Tierleid, sondern schon das Klima, da die Produktion von Fleisch ungemein viel CO₂ freisetzt. Zudem nützt ein Veggie-Day der Gesundheit von Menschen. Gerade Kinder und Jugendliche nehmen teilweise zu viel tierisches Fett und zu wenig pflanzliche Kost zu sich. Dazu braucht es Aufklärung. Ein Veggie-Day hätte hier hervorragende Publicity gebracht. Da die Stadt sich dem Thema verschließt, möchten Tier-Organisationen wie die Tierfreunde e.V. oder Tiere im Quadrat e.V. sich nun der Sache annehmen. Dabei brauchen sie unsere Unterstützung.



Tierschutzbeauftragte für Mannheim

Tierschutz ist im deutschen Grundgesetz verankert und Staatsziel. Dies gilt nicht nur für das Land, sondern genauso für die Kommunen. In Mannheim gibt es zwar ein Tierheim und einige Vereine, die sich ehrenamtlich und mit großem Engagement um das Wohl der Tiere kümmern. Doch darüber hinaus wird wenig für den Tierschutz getan, dabei wäre dies von Nöten. Seien es Tierbörsen, die Reptilien ausstellen, Zirkusse, die Wildtiere mit sich führen, Ponys, die auf Märkten ein tristes Dasein fristen, verwilderte Katzen, die sich ungehindert vermehren, da es keine Kastrationspflicht gibt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, um sowohl den Einwohner_innen Mannheims als auch den Tieren gerecht zu werden. Weitere Bereiche, in denen Unterstützung wichtig wäre, sind das Fleischversorgungszentrum, das ZI und die Universitätsmedizin Mannheim mit ihren Tierversuchen. Amtsveterinär_innen reichen dafür nicht aus. Benötigt wird eine Person, die zwischen der Verwaltung und den Vereinen und Unternehmen vermittelt, sich für Tierrechte stark macht und deren Schutz vorantreibt. Das würde die Verwaltung entlasten und den Tieren helfen.

MEHR PLATZ FÜR UNSERE KINDER



„Attraktivitätsfonds“ für Erzieherinnen

Die gesellschaftspolitische Stellung der Erzieher_innen und ihre Tätigkeit müssen um ein Vielfaches mehr anerkannt und dementsprechend honoriert werden. Beispielsweise in Schweden haben Erzieher_innen einen hohen gesellschaftlichen Status. Hier hat Deutschland einen klaren Nachholbedarf, der sich ebenso in der unterdurchschnittlichen Bezahlung zeigt.

Wir müssen für Mannheim Anreizsysteme für Erzieher_innen schaffen. Vergünstigungen wie ein kostenloses Jobticket, freien Eintritt in Mannheimer Einrichtungen, Besitzstandswahrung der Eingruppierung bei einem Arbeitsplatzwechsel, Hilfestellung bei der Wohnungssuche, gesundheitsförderliche Ausstattung der Arbeitsplätze und die Anerkennung der Erfahrung durch entsprechende tarifliche Einstufungen sind nur eini-

ge Möglichkeiten, die zur Attraktivität beitragen können. Um mit diesen attraktiven Angeboten Erzieher_innen in Mannheim zu halten und für Mannheim zu gewinnen braucht es einen Fonds, der je nach Bedarf in Anspruch genommen werden kann.

Erzieher_innen fort- und weiterbilden

Nicht erst seit PISA wissen wir: Die wichtigste Entwicklungszeit eines Menschen ist die früheste Kindheit. Hier erwirbt das Kind den Schlüssel zur Welt – die Sprache. Sie gilt es zu entwickeln und zu fördern. Dabei müssen Erzieher_innen Antworten auf wichtige Fragen finden: Wie sieht die ganzheitliche Entwicklung eines Kindes aus? Wie erkenne ich seine Stärken und Schwächen? Wie kann ich es unterstützen?

Erzieher_innen begleiten unsere Kinder vom ersten Lebensjahr bis ins Hortalter. Die Anforderungen an sie sind hoch, die Arbeitsbelastung enorm. Wir müssen sie besser unterstützen und sie brauchen gutes Handwerkzeug um immer auf der Höhe der Zeit zu sein. Daher wollen wir verstärkt in die Fort- und Weiterbildung der Erzieher_innen investieren.

Ausbau von Krippen und Horten

Hier liegt kurzfristig die größte finanzielle Herausforderung der Stadt Mannheim. In der Vergangenheit wurde der Fehler begangen, dass der Zubau von Krippenplätzen ansteigend geplant wurde. Das setzt die Stadt massiv unter Druck: Um 35% Krippenplatzversorgung bis Mitte 2013 zu erreichen, muss nun in kürzester Zeit ein Vielfaches des Zubaus der letzten Jahre realisiert werden. Und sind 35% Krippenplatzversorgung schon ein hehres Ziel, gehen Experten für Großstädte wie Mannheim von einem Bedarf von mindestens 45% aus. Dies wird weiterhin massiv Mittel im kommunalen Haushalt binden, die dann beispielsweise beim Ausbau der Hortbetreuung fehlen.

Auch der Gedanke der altersübergreifenden Betreuung muss beim Ausbau der Kindertagesstätten mitgedacht werden. Wir dürfen nicht mehr Krippen an einem Ort, Kindergärten an einem anderen und Horte weder dort noch in der Schule planen. Wir brauchen Kinderhäuser, in denen alle Kinder vom ersten Lebensjahr bis ins Hortalter in einem Gebäude betreut werden.

Frühe Hilfen heißt Brücken bauen

Die Förderung und Stärkung von Kindern und Eltern bedarf vielfältiger Angebote. Es gilt Kinder mit besonderem Förderbedarf frühzeitig zu erkennen, möglichst von Anfang an zu fördern und deren Eltern zu unterstützen. Hier arbeiten in Mannheim verschiedene Systeme wie Hebammen, Kinderärzte, Willkommen im Leben, Frühberatungsstellen, Soziale Dienste und Eltern-Kind-Zentren im Netzwerk Frühe Hilfen erfolgreich zusammen. Familien werden ab der Schwangerschaft begleitet und bekommen die größtmöglichen Hilfen zu einer gedeihlichen Entwicklung. Besonders hervorzuheben sind die Eltern-Kind-Zentren, die in partnerschaftlicher Zusammenarbeit in besonders schwierigem Umfeld erfolgreiche Arbeit leisten.

Adoptiv- und Pflegekinder stärken

Die Initiative Adoptiv- und Pflegefamilien Mannheim (Apfel) leistet seit einigen Jahren hervorragende Arbeit. Kinder ohne Eltern erfahren Beratung und Vermittlung. Ebenso bekommen die zukünftigen (Pflege-)Eltern Unterstützung bei der Erziehung. Dies wird von der Stadt anerkannt und finanziell unterstützt. Doch bisher kann Apfel nur rudimentäre Arbeit leisten. Ein wirkungsvolles Projekt, das Kindern nachweislich Vertrauen schenkt und sie somit in ihrer Entwicklung unterstützt, ist das therapeutische Reiten. Damit die Kinder auch außerhalb ihrer Familie positive Erfahrungen sammeln können ist es wichtig, ihnen diese Maßnahme zu ermöglichen.

Offene Jugendarbeit stärken

Für die Beschäftigten in der Jugendarbeit ist es oft deprimierend, wie sehr ihre Arbeit in Frage gestellt wurde und immer noch wird. Es ist an uns die Jugendarbeit so wert zu schätzen wie sie es auch verdient hat.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit bietet eine unüberschaubare Vielfalt an Formen und Facetten. Ihre besonderen Stärken, ihr Leistungsvermögen und ihr Potenzial lassen sich nur zum Teil in Kennzahlen und Leistungsergebnissen darstellen. Trotzdem dürfen die offene Jugendarbeit der freien Träger und die städtische Jugendförderung nicht auf Veranstaltungen an Schulen reduziert werden, sondern müssen mit eigenen Management-Zielen, Maßnahmen und Kennzahlen im Haushalt abgebildet werden.

Die langjährigen Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft § 78 SGB VIII für die offene Jugendarbeit sind nachvollziehbar und gerechtfertigt. Wir müssen in diesen Etatberatungen endlich die Mittel bereitstellen ihnen nachzukommen. Es geht dabei nicht um eine Luxusausstattung sondern um die Umsetzung von Mindeststandards, die vom Gemeinderat definiert wurden.

Kinder- und Jugendbeteiligung auf gutem Weg

Mannheimer Kinder und Jugendliche haben sich im letzten Jahr auf den Weg gemacht um ein Beteiligungsmodell für sich selbst zu entwerfen. Dabei wurde sehr viel Wert darauf gelegt die verschiedenen Gruppen zu integrieren. Es entstand ein offenes Modell, das Veränderungen ermöglicht. Die ersten Gehversuche waren erfolgreich. Diesen Weg gilt es weiter zu beschreiten.

Aber auch an anderer Stelle sind Kinder- und Jugendliche Expert_innen in eigener Sache und schätzen ihre Position bei der Nutzung und Gestaltung von Spielflächen im öffentlichen Raum sehr gut ein. Gute Beispiel hierfür sind die Beteiligungsprojekte für das Gelände der ehemaligen Sickingerschule und im Jugendhaus Erlenhof, vor allem aber auch der Skateplatz im Mannheimer Norden. Für dessen Realisierung wirbt die (Jugend-)Initiative SAM (Skater aus Mannheim) sehr erfolgreich und er ist nun im Haushalt verankert.

Jugendtreffs für Wallstadt und Schwetzingenstadt

Beim Jugendtreff Wallstadt wurde schon mit den Bauarbeiten begonnen, die Investitionsmittel standen bereit. Dann wurde alles gestoppt, die Stadt hatte sich verplant. Heute stehen die Verhandlungen über den Standort wieder einmal vor dem Abschluss, der Realisierung steht eigentlich nichts mehr im Weg. Wir hoffen, dass den sehr engagierten Jugendlichen und Erwachsenen weitere Enttäuschungen erspart bleiben.

Die Schwetzingenstadt ist noch nicht ganz so weit. Immerhin hat sich hier inzwischen auch ein Förderverein gegründet, der sich zum Beispiel rege an der Standortdiskussion beteiligt. In den letzten Haushaltsberatungen wurde von allen großen Fraktionen ein Antrag auf Suche eines Standorts gestellt. Nun muss in einem zweiten Schritt Personal für die mobile Jugendarbeit eingestellt werden.



BILDUNGSCHANCEN FÜR ALLE



Die Gemeinschaftsschule nach Mannheim holen

Die grün-rote Landesregierung ist dabei, die Gemeinschaftsschule auf den Weg zu bringen. In Mannheim gibt es schon lange – und immer weiter verbreitet – den Wunsch nach längerem gemeinsamem Lernen. Die Anmeldezahlen der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried (IGMH) der letzten Jahre belegen dies eindrücklich. Über die Hälfte der Bewerber_innen, mehr als 250 Kinder, werden jedes Jahr abgewiesen. Das verpflichtet uns dringend zum Handeln. Der Gemeinderat hat daher im Frühjahr einen Antrag auf eine Gemeinschaftsschule beschlossen – erstmals mit einer Chance auf Realisierung.

Die erste Gemeinschaftsschule soll relativ schnell eingerichtet werden. Dafür braucht es mehr als bloße Willensbekundungen. Wir wollen, dass der Wunsch nach der Gemeinschaftsschule sich auch im Haushalt niederschlägt, damit er eine Chance auf Realisierung hat.

Wir brauchen jedoch nicht nur EINE Gemeinschaftsschule für Mannheim. Das Gemeinschaftsschulmodell ist ein Angebot an alle Schulen, sich in diese Richtung zu entwickeln. Bei gutem pädagogischem Konzept soll sich jede Mannheimer Schule im Rahmen einer städtischen Schulentwicklungsplanung zur Gemeinschaftsschule entwickeln können, wenn die Schulgemeinschaft aus Kollegium, Eltern und Schülern dies möchte. Wir rufen alle Schulen dazu auf, sich mit dem Modell der Gemeinschaftsschule zu beschäftigen und dieses zu prüfen. Dies gilt explizit auch für die Gymnasien.

Ganztageserschulausbau weiterführen

Ganztageserschulen sind ein Eckpfeiler der Bildungspolitik, wenn es darum geht, Bildungschancen von Kindern möglichst komplett von ihrer sozialen Herkunft abzukoppeln. Daher wollen wir den Ganztageserschulausbau weiter voranbringen – als gebundene Ganztageserschulen mit rhythmisiertem Unterricht. Inwieweit der große Handlungsspielraum der Schulen bei der Ausgestaltung überall in Mannheim bestmöglich genutzt wird, wollen wir in Zukunft stärker diskutieren und werden gegebenenfalls auch stärker unterstützend zur Seite stehen. Eine gute Zusammenarbeit von Schule, Schulsozialarbeit,

Jugendhilfe, Jugendförderung sowie den Mannheimer Vereinen ist die Grundlage für eine funktionierende Ganztageschule. Wichtig beim Ganztageschulausbau ist außerdem, den Ausbau von weiterführenden Schulen nicht aus den Augen zu verlieren. Der Ausbau von Grundschulen ist zwar finanziell einfacher und daher schneller möglich, weckt aber Betreuungsbedarfe, die dann auch an weiterführenden Schulen gedeckt werden müssen.

Schulsozialarbeit ausbauen

Der Ausbau der Schulsozialarbeit als wichtiger Baustein kommunaler Bildungspolitik in Mannheim ist dringend notwendig, erfüllt die Stadt aktuell doch nicht einmal die selbst gemachten Zusagen für Ganztageschulen. Dabei ist ein Ausbau leicht möglich. Mit den Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets und den angekündigten Mitteln des Landes ist eine Verdreifachung der Schulsozialarbeit in Mannheim möglich, ohne dass dafür der Haushalt belastet wird. Diese Chance wollen wir zügig nutzen.

Inklusion in der Schule

Die Schritte zur Umsetzung der UN-Konvention zu den Rechten von Behinderten sind viel zu klein. Mannheim wurde Teil des Modellprojekts der damaligen Landesregierung, aber bis heute hat man fast den Eindruck, dass ein Erfolg des Modells angesichts der drohenden Kosten gar nicht gewollt ist. So darf man mit den betroffenen Kindern und Jugendlichen nicht umgehen! Hier muss dringend umgesteuert werden. Das Land muss sich seiner Verantwortung stellen, die Modellversuche ausreichend ausstatten und mit Schulträger und Schulen zukünftig besser kooperieren. Von kommunaler Seite wollen wir mehr Augenmerk auf die inklusive Beschulung legen, diese stärker unterstützen und besser über Inklusion aufklären. Viele Eltern und Schüler wissen nach wie vor nichts über die Chancen von Inklusion sowie über ihre rechtlichen Möglichkeiten.

Bildungssystem im Wandel

Das Bildungssystem in Deutschland befindet sich im Wandel. Sowohl die politischen Änderungen – längeres gemeinsames Lernen statt Selektion – als auch die voranschreitende demographische Entwicklung werden das Schulsystem und die Karte der Schulstandorte in Baden-Württemberg, auch in Mannheim, sowohl im allgemeinbildenden als auch im beruflichen Bereich deutlich verändern.

Förder- und Sonderschulen im Fokus

In den vergangenen Jahren haben wir die Anzahl unserer ehemaligen Hauptschulen, jetzt Werkrealschulen deutlich reduziert. Doch dies wird aller Voraussicht nach nicht das Ende der Entwicklung sein. Neu hinzu kommt die Gemeinschaftsschule, zu der sich die bisherigen weiterführenden Schulen entwickeln können. Die Gemeinschaftsschule wird ebenso wie die Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung Auswirkungen auf alle weiterführenden Schularten haben. Bei zunehmender inklusiver Beschulung wird sich absehbar auch die Zahl der Förderschulen reduzieren. Auch die Zukunft der Sonderschulen wird im Fokus stehen: sowohl eine Öffnung für alle Schüler als auch die Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren werden diskutiert.

Deutliche Veränderungen bei beruflichen Schulen

Sehr deutliche Veränderungen haben auch die beruflichen Schulen vor sich. Sie stehen sinkenden Schülerzahlen gegenüber, wie man bereits an der Luzenbergschule sieht. Die beruflichen Schulen werden stärker in Konkurrenz zum allgemeinbildenden Bereich treten. Vor allem die Zukunft der Berufsfachschulen und der beruflichen Kollegs steht im heutigen Umfang in Frage. Die beruflichen Gymnasien werden dagegen voraussichtlich eine stärkere Rolle spielen – auch durch einen früheren Einstieg in diese Schulart.

Gesucht: eine ganzheitliche Schulentwicklungsplanung

Angesichts dieser anstehenden massiven Veränderungen im Schulsystem braucht es dringend eine ganzheitliche Schulentwicklungsplanung. Es ist richtig im Vorfeld einzelne Bereiche gesondert zu betrachten, so auch als nächstes den beruflichen Bereich. Doch wir müssen diese Einzelbetrachtungen schnellstmöglich zusammenfügen. Sonst drohen dieselben Probleme wie beim Krippenausbau: Schöne Planungen für die verschiedenen Stadtteile, die aber leider kein funktionsfähiges Ganzes ergeben. Diese Debatte fordern wir ein und werden uns aktiv mit eigenen Ideen einbringen.

Sanierung der Mannheimer Schulen fortführen

Die städtische Schulentwicklungsplanung muss auch Grundlage für die weitere Sanierung der Mannheimer Schulen sein. Nach wie vor sind viele von ihnen in einem Zustand, den wir Kindern



und Jugendlichen nicht zumuten können. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Schulen neu gebaut oder generalsaniert. Dazu kam eine große Zahl weiterer Einzelsanierungsmaßnahmen. Der Sanierungsstau ist aber dennoch enorm und nicht in wenigen Jahren abzubauen. Die Stadt muss die Investitionen in den Schulbau dauerhaft auf dem aktuellen Niveau halten, um eine deutliche Verbesserung in der Schullandschaft zu erreichen.

Bildung nicht nur in der Schule und nicht nur für Kinder und Jugendliche

Bildung findet nicht nur in der Schule statt. Neben der Schule sind für uns die frühkindliche Bildung und die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit zentrale Säulen der Bildungspolitik. Hinzu kommen wertvolle Bildungseinrichtungen wie Stadtbibliothek, Musikschule, Mannheimer Abendakademie, um nur einige Beispiele zu nennen. Sie alle zusammen machen ein umfassendes Bildungsangebot aus, das wir schätzen und zukünftig weiter ausbauen wollen.

Zugang zum zweiten Bildungsweg erleichtern

Das aktuelle Schulsystem erreicht nicht alle Kinder und Jugendlichen in angemessener Weise. Deswegen unterstützen wir den geplanten Umbau durch die Landesregierung. Aber auch in einem zukünftigen Schulsystem wird es Menschen geben, die nicht erreicht werden können. Des-

wegen muss es auch außerhalb und nach der Schule möglichst niederschwellige Bildungsangebote geben. Wir unterstützen explizit die Angebote des zweiten Bildungsweges und wollen den Zugang zu ihnen erleichtern.

Bildungsangebote für Menschen in schwierigen sozialen Lagen

Menschen in schwierigen sozialen Lagen wollen wir auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Bildungsangebote machen. Ein herausragendes Projekt ist die Straßenschule für obdachlose Jugendliche von Freezone. Für Familien im Leistungsbezug sind die Bildungsgutscheine des Familienpasses PLUS eine große Erfolgsgeschichte, die wir fortsetzen wollen. Um Menschen zu erreichen, die nicht oder nicht richtig lesen und schreiben können – das sind in Mannheim geschätzt 30.000 bis 40.000 Bürger_innen – braucht es passende, niederschwellige Angebote zur Alphabetisierung. Eine besondere Verantwortung haben wir gegenüber der Bevölkerungsgruppe der Sinti und Roma, die seit Jahrzehnten nicht angemessen durch unser Bildungssystem unterstützt und gefördert werden. Hier wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma Maßnahmen entwickeln. Die Stadt Mannheim will Vorbild in Bezug auf Bildungsgerechtigkeit sein. Sie befindet sich auf einem guten Weg, auch wenn noch einige Meter vor ihr liegen. Wichtig ist es, an alle Bevölkerungsgruppen und alle Altersgruppen zu denken.



FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT EINTRETEN

Sozialticket jetzt!

Schon 1998 forderte die Sozialpolitische Offensive Mannheim ein verbilligtes ÖPNV-Ticket. Seit-her gab es in Mannheim und in der Metropolre-gion immer wieder Ansätze dieses überaus wich-tige Teilhabeinstrument einzuführen. Nach 13 Jahren ist es nun an der Zeit diese Forderung umzusetzen, bei der nach unserer Auffassung alle nur gewinnen. Zum einen die Menschen in schwierigen finanziellen Situationen, die sich ohne Schuldgefühle und ohne Angst in die Stra-ßenbahn setzen und zum Beispiel einen Arzt auch außerhalb ihres Stadtteils aufsuchen oder den Termin bei der ARGE wahrnehmen können. Zum anderen die RNV, die zusätzliche Einnahmen durch den Mehrverkauf von Fahrscheinen erzielen kann. In vielen deutschen Städten hat sich das Ticket bewährt: Mehr Einnahmen, weniger Schwarzfahrten, weniger Inkassokosten, weniger Kontrolleure und weniger Einweisungen in Justiz-vollzugsanstalten. Die Zeit ist überreif für ein ver-günstigtes ÖPNV-Ticket!

Familienpass Plus bleibt!

Kinder- und Jugendarmut ist eines der dringlich-sten Probleme in unserer Stadt. Jeder vierte Jugendliche und jedes fünfte Kind in Mannheim sind arm. Es gab in unserem reichen Land noch nie weniger Kinder und gleichzeitig noch nie mehr arme Kinder!

Das mit dem Familienpass Plus neu eingeführte verbilligte MAXX-Ticket wurde bis Juni 2011 von über tausend Kindern und Jugendlichen in Anspruch genommen. Für viele Menschen ist es eine Selbstverständlichkeit sich in ganz Mann-heim bewegen zu können. Nun auch für weitere 1096 Kinder und Jugendliche.

Der Familienpass Plus bleibt in seiner jetzigen Form erhalten und wird dazu noch ausgeweitet. Der berechnigte Personenkreis wird ab 2012 erweitert um Familien, deren Kinder in Heimen und Pflegefamilien untergebracht sind. Ein gutes Zeichen!

Weiterhin beinhaltet der Familienpass Plus ab 2012 zusätzlich einen Gutschein für Sachmittel. Diesen können Kinder und Jugendliche zum Bei-spiel für geeignete Sportkleidung und Sport-schuhe einsetzen, so dass sie zukünftig in einem Verein spielen können.



Sofern das Bildungs- und Teilhabepaket die Lei-stungen übernehmen kann, tritt der Familienpass Plus zurück. Doch leider ist das Bildungs- und Teilhabepaket aufgebläht und zutiefst bürokrati-sch. Bis zum heutigen Tage gibt es Umset-zungsprobleme. Es gibt also Gründe, warum bis zum Juli dieses Jahres von 16.000 berechtigten Kindern und Jugendlichen erst rund 2.500 das Paket oder Teile davon in Anspruch genommen haben.

Prostitution – Beratung und Hilfe zum Ausstieg

Prostitution nimmt in Mannheim stark zu – und mit ihr das Leid vieler Frauen. Unterstützung für Frauen, die aussteigen wollen, gibt es kaum. Zum Beispiel zur Arbeit auf dem Straßenstrich werden viele Frauen gezwungen. Da diese Frauen meist permanent von Zuhältern beobachtet werden, haben sie keine Möglichkeit sich Hilfe zu suchen. Und selbst wenn sie den Absprung erwägen, sich von der Prostitution lossagen wollen, gibt es kei-ne Einrichtung, die die Frauen berät und unter-stützt. Das ist unverantwortlich und nicht hin-nehmbar. Mannheim braucht dringend profes-



sionelle Beratung und einen Zufluchtsort für potenzielle Aussteigerinnen sowie eine Aufklärung für Ausstiegswillige, an wen sie sich wenden können.

Frauen- und Mädchennotruf nicht alleine lassen

Der Mädchennotruf leistet in Mannheim eine zwar traurige, aber umso wichtigere Arbeit. Seit Jahren wird dort eine immer weiter wachsende Zahl an Mädchen und Frauen betreut, die sexuelle Gewalt erfahren haben. Aktuell gibt es einen Zuwachs von 22 Prozent an Beratungsfällen. Fast die Hälfte der Beratungsfälle, nämlich 46 Prozent, ist jünger als 14 Jahre. Das bedeutet, dass auch die Beratungen der Bezugspersonen erheblich zu nehmen. Für diese psychisch stark belastende Arbeit braucht es qualifizierte Fachfrauen, da nur so die adäquate Behandlung und Betreuung der Mädchen und Frauen gewährleistet ist. Wir halten eine Anpassung der Personalausstattung an die gestiegenen Fallzahlen für dringend geboten.

Netzwerk Mädchenarbeit (NeMa) fördern

Mannheim ist eine Stadt der Vielfalt. Das beginnt schon bei den Kleinen. Beim Netzwerk Mädchenarbeit stehen die Mädchen im Mittelpunkt. Selbständigkeit und Eigenverantwortung werden gefördert, damit sie lernen ihren eigenen Lebensweg bewusst und aktiv zu gestalten. Viele Mädchen mit Migrationshintergrund dürfen nur bestimmte Angebote nutzen. Deswegen brauchen sie einen Raum, in dem sie unter sich sind und sich entfalten können. Das NeMa bietet hierfür optimale Voraussetzungen. Auch wenn das NeMa selbstverständlich nicht nur für Mädchen mit Migrationshintergrund vorgesehen ist, profitieren doch gerade diese sehr von den Einrichtungen, die das Netzwerk bilden. Nach der Streichung der Stelle für Mädchenarbeit im letzten Haushalt arbeitet das Netzwerk seit zwei Jahren ohne jegliche finanzielle Unterstützung. Daher muss es für die Arbeit der vielen Netzwerk-Akteurinnen zumindest einen Sachkostenetat für Netzwerkarbeit und Fort- und Weiterbildung geben.

Pflegerechtsreform und Wahlrecht bei Pflege

Die Menschenwürde bis zum Lebensende bewahren – eine selbsthilfeorientierte Gesundheitsfürsorge und die Umsetzung des Inklusionsgedankens auch in Eingliederungshilfe und Pflege helfen uns dabei.

Aus dieser Perspektive sehen wir den Haushaltsstrukturbeschluss zur Deckelung der stationären Pflegekosten in Mannheim sehr kritisch. Eine Rücknahme dieses Beschlusses würde den stationär pflegebedürftigen Mannheimer_innen und ihren Angehörigen mehr Sicherheit bei der Ausübung ihres Wahlrechtes vermitteln. Für die von den meisten Betroffenen bevorzugte Wahl, nämlich im Pflegefall zu Hause betreut und gepflegt werden zu können, sind große Reformbestrebungen im Bereich der Gesundheits- und Pflegegesetzgebung auf Bundesebene notwendig. Dennoch sind wir in der Pflicht unsere kommunalen Möglichkeiten zur Mitgestaltung dieses notwendigen Prozesses hin zu mehr häuslicher, zu mehr Tages- und Kurzzeitpflege gemeinsam mit den Betroffenen und ihren Angehörigen und mit den professionell Pflegenden auszuloten.

Behinderte und Inklusion

Die von Mannheim unterzeichnete und damit verbindliche Behindertenrechtskonvention macht Inklusion nicht nur zu einem Thema des Vorschul- und Schulalters, wie wir es zumeist öffentlich wahrnehmen. Diese Konvention begründet nämlich den rechtmäßigen inklusiven Anspruch für alle Altersgruppen und Behinderungsformen, dem wir uns verpflichtet fühlen und angemessen stellen müssen. Das Behindertenforum hat einen Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention vorgelegt. Diesen gilt es sukzessive zu realisieren.

Teilhabeplan weiterentwickeln

Behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen haben einen Anspruch auf Eingliederungshilfe. Dabei geht es um soziale Teilhabe und Selbstbestimmung in allen Lebenslagen. In Mannheim hat sich hierzu die Arbeitsgemeinschaft Eingliederungshilfe gebildet und einen vorbildlichen Teilhabeplan entwickelt. Dieser Teilhabeplan ist Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlung zugleich. Inzwischen wurden die beiden Module „Teilhabe am Arbeitsleben“ und „Wohnen“ erstellt, das Modul „Soziale und gesellschaftliche Teilhabe“, das die Themen Mobilität, Freizeit und Kultur abbildet, fehlt noch. Die Ausarbeitung dieses fehlenden Moduls sowie die Umsetzung der Handlungsempfehlungen müssen die nächsten Schritte sein.

Nachbarschaftshilfe und Gesundheitsvorsorge ausbauen

Ambulant vor stationär ist und bleibt GRÜNES Motto in der Pflege. Eine große Gruppe von älte-

ren Menschen, die in ihrer Wohnung und damit in ihrem Stadtteil alt werden wollen, profitiert vom Angebot der Nachbarschaftshilfe. Dennoch besteht durch Inaktivitätsatrophie, Gebrechlichkeit und sozialen Rückzug ein hoher Leidensdruck bei einer großen Gruppe älterer Menschen. Die Nische Pflegeheim wird hier oftmals als einzige, eigentlich ungewollte, Möglichkeit gesehen. Mitarbeiter_innen der Nachbarschaftshilfe können bereits in der Wohnung motivieren, aktivieren, üben und damit die Möglichkeit schaffen, eventuell gemeinsam wieder die Treppe zu überwinden. So wird soziale Reintegration durch das gemeinsame Rückerobern von Treffpunkten wie beispielsweise den städtischen Seniorentreffpunkten im Stadtteil ermöglicht.

Mehrgenerationenhaus in Mannheim erhalten

Die frühere Volksküche in der Neckarstadt ist heute wieder ein Treffpunkt für Jung und Alt. Krabbelgruppen, Gesundheitsförderung, Kochprojekte, interkulturelles Frühstück, Hausaufgabenhilfe, ehrenamtliches Engagement sind nur einige der Angebote. In den generationsübergreifenden Projekten und Angeboten wird besonderer Wert auf die Wertschätzung der eigenen Produktivität (auch im hohen Alter) gelegt. Unabhängig vom Alter wird anerkannt und erfährt Zuneigung, wer seine Person, sein Wissen, sein Erleben in die Angebote einbringt. Das einzige Mehrgenerationenhaus in Mannheim muss erhalten bleiben!



WIR RIEFEN ARBEITSKRÄFTE UND ES KAMEN MENSCHEN (Max Frisch)

„Die Stadt Mannheim ist in ihrer über 400-jährigen Geschichte überwiegend geprägt von einem Geist der Offenheit und Toleranz. Immer wieder wurden Migrantinnen und Migranten – darunter auch zahlreiche Glaubensflüchtlinge – zu überzeugten und die Stadt prägenden Mannheimerinnen und Mannheimern“, so die Mannheimer Erklärung. Wir wollen diese Mannheimer Erklärung mit Leben füllen und die hier lebenden Menschen stärker an der Stadtgesellschaft teilhaben lassen. Während 38 % der in Mannheim lebenden Menschen einen Migrationshintergrund haben, besitzt weniger als die Hälfte davon auch die deutsche Staatsangehörigkeit, der Rest ist von einer umfassenden politischen Teilhabe ausgeschlossen.

Das zu Ende gehende Jahr 2011 war im Hinblick auf sinkende Einbürgerungszahlen richtungweisend. So forderte die FDP im Gemeinderat zwar die Nicht-Anwendung des Einbürgerungstests für Musliminnen und Muslime – die Politik der bis März amtierenden Landesregierung war jedoch einbürgerungsfeindlich und diskriminierend. Wer fühlt sich willkommen, wenn abhängig von Nationalität oder Glauben erst einmal die Gesinnung geprüft wird? Eine Stadt, die Vorbild für das Zusammenleben sein will und sich gerne als weltoffen und tolerant bezeichnet kann dankbar sein, dass dieser Gesinnungstest unter Grün-Rot im Land wieder abgeschafft wurde. Es wurde damit der Grundstein gelegt, um glaubwürdig für mehr Einbürgerung werben zu können.

Einbürgerungskampagne als Imagekampagne für Mannheim

Am 30. Oktober 1961 kam der erste Türke als angeworbene Arbeitskraft nach Deutschland. „Gastarbeiter“ hießen sie lange – geblieben sind viele. Auch Menschen anderer Herkunftsländer leben seit vielen Jahren in unserer Stadt. Lassen Sie uns ein Zeichen setzen, dass wir diese Menschen gerne als Mannheimer Bürgerinnen und Bürger gewinnen möchten. Unseren Antrag für eine Einbürgerungskampagne verstehen wir daher nicht nur als Werbekampagne für mehr Einbürgerung, sondern auch als eine Imagekampagne für Mannheim und seiner Ämter und Behörden. Eine moderne, tolerante und weltoffene Stadt ist stolz auf eine Vielfalt der Kulturen.

Dies wollen wir seitens der Stadtverwaltung noch deutlicher zeigen.

Integrationsarbeit aufwerten

Die gemeinsam von uns mit SPD und CDU angestrebte Umorientierung beim Neuzuschnitt der Dezernate macht dies ebenfalls deutlich: Es gibt keinen Grund, in „Bürger_innen“ und „Ausländer_innen“ zu unterscheiden. Die Ausländerbehörde ist heute schon Teil der Bürgerdienste. Mit einer neuen Schwerpunktsetzung in einer veränderten Dezernatsstruktur muss es zukünftig zu einer Aufwertung der Integrationsarbeit in Mannheim kommen.

Wirtschaft fördern – am Zentrenkonzept festhalten

Seit 2010 fließen jährlich 1,3 Mio. Euro zusätzliche Mittel für die Umsetzung der Neuen Wirtschaftspolitischen Strategie in die städtische Wirtschaftsförderung. Wir waren an der Ausarbeitung beteiligt und stehen zu diesem neuen Ansatz. Dazu gehört jedoch, dass die Fachbereichsleitung endlich neu besetzt wird oder man nochmals nachjustiert, um hier zu einer zufriedenstellenden Lösung zu kommen. Denn sämtliche Maßnahmen müssen sich spätestens im Jahr 2020 daran messen lassen ob es gelungen ist, die prognostizierten Arbeitsplätze, also insgesamt 7.200 neue Arbeitsplätze in den Kompetenzbranchen, zu schaffen. Bis dahin wollen wir an dieser Strategie festhalten – spätestens dann gehört dieses Projekt auf den Prüfstand.

Auch in den Diskussionen der kommenden Jahre um die Konversionsflächen werden wir am Zentrenkonzept festhalten und so die Zukunft der kleinen und mittleren Unternehmen in Mannheims Stadtteilen nachhaltig sichern.

Vertrauen statt Misstrauen

Bei der Neufassung der Polizeiverordnung im vergangenen Jahr haben wir GRÜNE bewiesen: Es geht auch anders! Die Auswertungen der vergangenen Monate haben gezeigt, dass die tolerante Regelung beim Grillen von den Menschen richtig verstanden wird und wir heute weniger Probleme haben als zuvor. Trotzdem ist es noch immer



schwierig, in Mannheim im Bereich von Sicherheit und Ordnung neue Wege zu beschreiten. Die Wasserturmanlage ist heute stärker geschützt als zuvor und zwar vor den Bürger_innen. Zahlende Gäste bekommen gerne eine Ausnahmegenehmigung. Wir finden diese Entwicklung falsch und werden nicht aufhören, hier mehr Vertrauen gegenüber den Menschen in unserer Stadt anzumahnen. Auch die fortgesetzte Videoüberwachung am Hauptbahnhof ist Ausdruck des Misstrauens gegenüber den Bürger_innen.

Kommunalen Ordnungsdienst neu ausrichten

Natürlich muss man dort einschreiten, wo es um Straftaten oder Bedrohungen von Leib und Leben geht. Doch dies ist in unseren Augen Auf-

gabe der Polizei und soll es auch weiter bleiben. Statt einer Ausweitung der Aufgaben des Kommunalen Ordnungsdienstes und damit einhergehende Personalerhöhungen setzen wir auf eine Konzentration auf Kernaufgaben und mehr Toleranz gegenüber den kleinen Fehlern des Alltags. Wir könnten viel Geld im Haushalt einsparen, wenn wir die Aufgabenbereiche des Kommunalen Ordnungsdienstes so definieren würden, dass wir nicht mehr Personal benötigen, sondern Schritt für Schritt zu einer Reduktion gelangen. Für dieses Ziel sollten wir uns keine Denkverbote auferlegen. Die im Haushaltsplanentwurf ausgewiesene Erhöhung von Personalstellen in diesem Bereich lehnen wir daher ab und verweisen auf die exakt anderslautende Erklärung des zuständigen Dezernenten erst in der vergangenen Ausschusssitzung.



FÜR KULTURELLE UND GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT

Kulturelle Vielfalt stärken – Teilhabe für alle ermöglichen

Kultur ist nicht Verzierung, sondern Fundament einer Stadt. Es ist unser erklärtes Ziel, das kulturelle Leben und die Kunst in jeder Hinsicht breit aufzustellen. Das bedeutet einerseits: Kultur und Kunst muss überall ermöglicht werden – in der Form von Graffiti und StreetArt genau so wie in Hinterhoftheatern und in den etablierten Einrichtungen. Der Zugang zu Kunst und Kultur muss andererseits allen ermöglicht werden. Und ihre Förderung muss auf möglichst viele Schultern und sozial ausgeglichen verteilt werden.

Produktionszentrum „Darstellende Kunst“ vorantreiben

Kultur und Kunst findet nicht nur in drei Leuchttürmen in Mannheim statt; Kultur und Kunst sind lebendiger Teil unseres Alltags und an zahlreichen Orten in Mannheim präsent. Unser Schwerpunkt liegt auf der strukturellen Förderung der Kultur: Unterstützung der kleinen Einrichtungen, der Akteure der so genannten „Freien Szene“ und alternativen Formen von Kunst und Kultur. Wir wollen die Vorbereitungen für ein Produktionszentrum „Darstellende Kunst“ vorantreiben, indem bestehende Gebäude, in denen ein solches Zentrum realisiert werden kann, von der Verwaltung auf ihre Funktionalität geprüft werden.

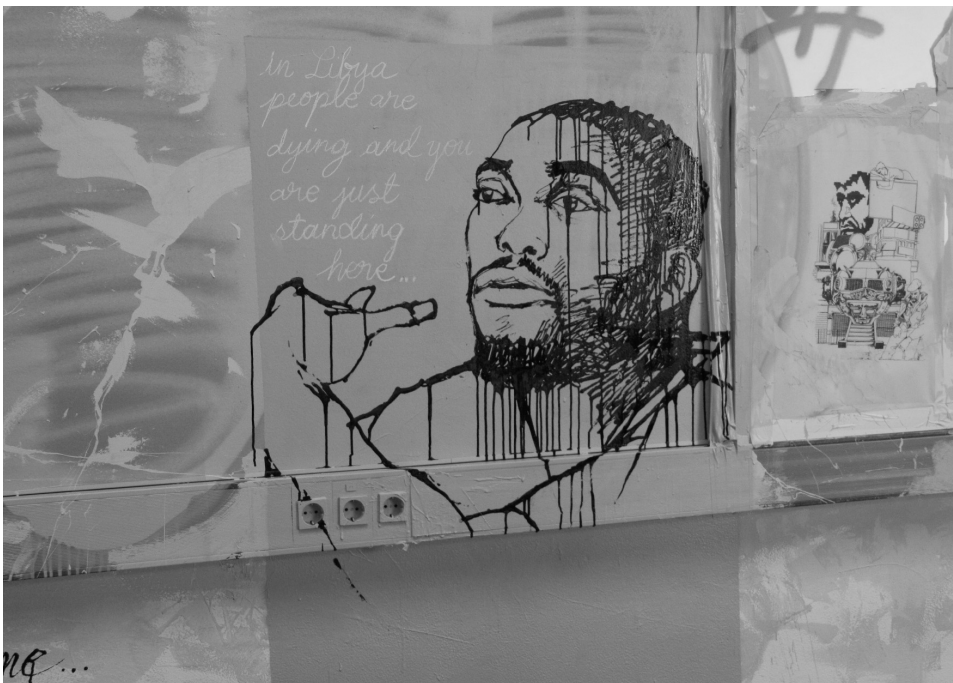
Wir setzen uns dafür ein, dass Kunst und Kultur ohne bürokratische Hindernisse überall und durch alle entstehen können. Es muss mehr legale Flächen für Graffiti geben, mehr Orte, an denen Menschen ihre Kreativität ausleben können. Schnellere Verfahren zur Genehmigung von kulturellen Aktivitäten müssen dem kreativen Ideenreichtum möglichst freien Lauf lassen.

Ziele des Kulturamts überarbeiten

In die Managementziele des Kulturamtes soll folgendes als Ziel aufgenommen werden: Die Durchführung kultureller Projekte vereinfachen. Ebenso muss die Teilhabe möglichst aller am kulturellen Leben und an der Kunst vorangetrieben werden. Auch dieses Ziel soll das Kulturamt verfolgen und, wie auch die großen Institutionen, mit Hilfe der Evaluierung von Besucherzahlen und Herkunft der Besucher tragfähige Messgrößen entwickeln. Die großen Kulturinstitutionen müssen dem Auftrag und der Verpflichtung besser gerecht werden, die sie mit den öffentlichen Fördergeldern erhalten: Integration, Inklusion und die Öffnung hin zu denjenigen, die bisher keinen Zugang zur „etablierten“ Kultur finden. Die großen Häuser müssen dazu öfter ihre eigenen Räume verlassen und sich bei Stadtteilstesten und -veranstaltungen zeigen. Die Vernetzung innerhalb der Metropolregion Rhein-Neckar und das Bündeln von Ressourcen und Aufgaben sind ebenfalls Teil dieses Auftrags und erweitern die Möglichkeiten.

Kulturpass vorantreiben

Wir wollen das Projekt „Kulturpass“ vorantreiben. Der Kulturpass macht es möglich, für einen stark reduzierten Betrag verschiedene Angebote der Mannheimer Kunst- und Kulturszene zu nutzen. Das ermöglicht den Zugang auch für diejenigen, die ihn sich bislang nicht leisten können. Die Finanzierung der entgangenen Eintrittsgelder erfolgt über gewonnene Sponsoren oder private Förderung.



Das Land in die Pflicht nehmen

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Kulturförderung der Mannheimer Einrichtungen nicht mehr nur auf den Schultern der Kommune ruht. Dafür gilt es einerseits, Projekte im Bereich der kulturellen Bildung und der Soziokultur, für die es Landeszuschüsse gibt, von Seiten der Stadt voranzutreiben, andererseits aber auch, eine Landesförderung für die etablierten Kultureinrichtungen stärker einzufordern.

Kultur als Alternative zu Konsum

Wir GRÜNE wollen, dass Kunst und Kultur in unserer Stadt eine Alternative zur Kultur des Konsums werden. Schon für unsere Kinder muss die Kultur aktiver Lebensbestandteil sein. Unsere öffentlichen Einrichtungen wie Theater, Museen, Bibliotheken, Musikschule, Schulen und Jugendhäuser müssen das MACHEN von Kunst und Kultur fördern. Dafür müssen Infrastruktur bereitgestellt und Kultur-Scouts für Anleitung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen gewonnen werden. Kulturförderung ist damit deutlich mehr als das, was im Kulturhaushalt vor dem Komma steht.

Kulturhauptstadt – der Weg ist das Ziel

Der bloße Titel „Kulturhauptstadt“ ist nicht entscheidend: Eine Stadt, die aufricht Kultur in die Breite ihrer Bevölkerung zu tragen ist auf einem guten und nachhaltigen Weg in Hinblick auf die Gestaltung der Stadtgesellschaft und des Zusammenlebens.

Mannheim – ein Zentrum der Queer-Community

Zwar hat sich in den vergangenen Jahren in Deutschland insgesamt, ausgelöst durch die damalige rot-grüne Regierung, die Akzeptanz der Queer-Community – von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender – deutlich erhöht. Doch nach wie vor sind es vorrangig urbane Zentren, in denen Offenheit und Akzeptanz gelebt werden und Schwule und Lesben selbstverständlich Teil der Gesellschaft sind. In ländlich geprägten Regionen ist dies deutlich weniger der Fall. Daher wählen viele Schwule und Lesben Zentren wie Mannheim als ihren Lebensmittelpunkt. Mannheim ist eines der Zentren der Queer-Community in Süddeutschland. Diese Entwicklung ist eine Bereicherung für die Stadt.



CSD als Beitrag zum Image Mannheims

Der Christopher-Street-Day (CSD) als politisches Zeichen ist ein bedeutendes Signal nach innen und nach außen für die Akzeptanz, die in Mannheim gelebt wird und für den Kampf um volle Gleichberechtigung auf allen politischen Ebenen. Es ist wichtig, dass sich die Stadt nicht nur finanziell beteiligt, sondern auch durch die Teilnahme mit einem eigenen Wagen ein sichtbares Zeichen setzt. Der CSD ist seit langem ein Highlight im Veranstaltungskalender der Stadt und trägt zu einem positiven Image Mannheims bei. Doch Mannheim kann aus seiner Funktion als eines der Zentren der Queer-Community noch mehr machen – insbesondere auch im touristischen und kulturellen Bereich.

Großes ehrenamtliches Engagement der Queer-Community

Die Queer-Community in Mannheim bringt sich mit großem ehrenamtlichem Engagement in die Stadtgesellschaft ein und trägt zu einem aktiven Vereinsleben bei. Anti-Diskriminierung, Städtepartnerschaft, Politik, Kultur, Sport, Soziales, Gesundheit – das Engagement der Community ist sehr breit. Diese ehrenamtliche Arbeit muss von städtischer Seite angemessen gewürdigt und gefördert werden.

Spezielle Bedarfe der Community berücksichtigen

Gleichzeitig gibt es auch spezielle Bedarfe in der Community, die der Aufmerksamkeit und Engagement von öffentlicher Seite bedürfen. Die Arbeit mit Jugendlichen, die während der Phase ihres Coming-Outs – gerade auch in der Schule – besonderen Herausforderungen gegenüber stehen, Migrant_innen, die in ihren ethnischen Communities oft mit besonders starker Ablehnung



zu kämpfen haben, das Thema Leben im Alter und auch die sexuelle Gesundheit sind hier explizit zu nennen.

Die Bürger_innen stärker beteiligen

Der Weg in eine Bürgerstadt, in der sich die Mehrheit der Menschen an Planungen und Entscheidungen beteiligen will und kann, ist noch weit – auch wenn es mittlerweile mehr gute Ansätze gibt als noch vor wenigen Jahren. Hier muss gleichzeitig in neue Formen der Beteiligung investiert und die Kommunalpolitik transparenter gemacht werden. Vorlagen müssen für die breite Öffentlichkeit einfacher formuliert werden sowie online schneller und zuverlässiger zur Verfügung stehen. Mit Online-Foren und Info-Boards können die Hürden zur Beteiligung abgebaut werden.

Bezirksbeiratsbudgets und Stadtteilnähe

Die Entwicklung der Stadt muss für alle transparent und einsehbar sein. Erst dann kann eine breite Identifikation stattfinden. Bezirksbeiratsbudgets müssen unserer Meinung nach weiterentwickelt und die Entscheidungsbefugnisse der Gremien für ihre Stadtteile deutlich erhöht werden. Dies würde auch den Gemeinderat entlasten und ihm helfen sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Öffentliche Gemeinderatssitzungen könnten statt im „Elfenbeinturm“ in den Stadtteilen abgehalten werden.

Die Bürger_innen entscheiden

Prozesse der Beteiligung wie das Entwicklungskonzept Innenstadt (EKI), Runde Tische, Planungsrunden oder die Einbeziehung von Vertreter_innen der Bürger_innen in Preisgerichten müssen ausgebaut und verstetigt werden. Die Möglichkeit Bürger_innen konkret an wichtigen Entscheidungen teilhaben zu lassen wird noch kaum genutzt. Warum nicht zum Beispiel in einem Bürger_innenentscheid über die Durchführung der Bundesgartenschau 2023 abstimmen lassen?

Beteiligungshaushalt für Mannheim

Auch und gerade in Haushaltsfragen haben die Bürger_innen zu wenig Mitsprachemöglichkeit. Seit langem erheben wir die Forderung nach Einführung eines Beteiligungshaushalts, bei dem die Bürger_innen auch wirklich über die Verwendung und Umschichtung von Mitteln entscheiden können. Bis zu den Etatberatungen 2014/2015 ist mehr als genug Zeit für die Entwicklung eines tragfähigen Modells.

Mannheim als Fairtradetown

Mit der vom Gemeinderat beschlossenen Teilnahme an der „Save me“-Kampagne und an der „Fairtradetown“-Kampagne beteiligt sich Mannheim daran, wichtige weltweite Gerechtigkeitsfragen kommunal aufzugreifen und den Bürger_innen vor Ort begreiflich zu machen. Wir wollen aber nicht nur kurzfristig Fairtradetown sein. Wir wollen, dass Mannheim Fairtradetown bleibt und sich zu einer weiteren deutschen Hauptstadt des fairen Handels entwickelt. Dies stünde dem Veranstaltungsort des Katholikentages 2012, bei dem erstmals in der Katholikentagsgeschichte in einem eigenen „Zentrum für globale Verantwortung“ die Themen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung gemeinsam behandelt werden, sehr gut zu Gesicht. Dafür sollten wir die engagierten Mitbürger_innen, die zum Beispiel im „Eine-Welt-Forum“ für die Erlangung des Fairtradetown-Titels gearbeitet haben in die Lage versetzen, dies auch für den Erhalt des Titels tun zu können.

Alle sind immer anders verschieden!

Mannheim verdankt der Einwanderung seine kulturelle und liberale Entwicklung. Ohne Einwanderung und Vielfalt hätte die Stadt bei weitem nicht das zu bieten, was sie heute vorweisen kann. In dieser Tradition stehen wir und sehen Einwanderung als Chance und als Gewinn. Dabei geht es uns nicht darum, Randgruppen in ein bestehendes System zu integrieren. Unser GRÜNES Ziel ist eine neue Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es gibt Menschen mit und ohne Behinderung, Einheimische und Migranten, Arbeitslose und sogenannte Leistungsträger: Das Konzept der Inklusion will dieses Schubladendenken überwinden.

Allen Denkweisen, die sich einer Inklusion von allen Menschen in unsere Stadtgesellschaft entgegenstellen, erteilen wir eine deutliche Absage. Mannheim muss sich auf Basis einer liberalen und sozialen Denktradition weiterhin allen rassistischen, faschistischen und menschenverachtenden Tendenzen entgegenstellen und zivilgesellschaftliches Engagement auf allen Ebenen unterstützen. Das Bündnis „Mannheim gegen Rechts“, in dem sich fast 50 Organisationen zusammengeschlossen haben, ist ein Vorbild für eine Zusammenarbeit in der Region und darüber hinaus sowie über Glaubens- und ideologische Grenzen hinweg. Diese Arbeit gilt es finanziell und ideell weiterhin zu unterstützen.

PRÄVENTION STÄRKEN



Freizeit und Sport geben verbrauchte Energie neu zurück

Mannheim ist nicht nur reich an vielfältigen Angeboten des organisierten Sports in Vereinen oder an attraktiven Freizeit- und Sportveranstaltungen aller Preis- und Leistungsklassen. Es ist vor allem reich an ehrenamtlichem Engagement im Sport- und Freizeitbereich. Dieses Engagement wollen wir gerade in Zeiten des demographischen Wandels und der Umbrüche im Schul- und Bildungssystem erhalten und stärken. Der organisierte Vereinssport gerät durch die sinkende Zahl von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und deren zunehmende zeitliche Auslastung durch Schule, Studium und Beruf immer mehr unter Druck. Die Vereine benötigen politische und finanzielle Unterstützung und Entlastung beispielsweise im Bereich der kostenfreien Überlassungszeiten städtischer Sportstätten. Andererseits entstehen zahlreiche neue Möglichkeiten: Immer mehr Menschen treiben auch und gerade im höheren Lebensalter Sport und suchen

Geselligkeit in gemeinsam verbrachter Freizeit. Außerdem legen immer mehr Bürger_innen Wert auf eine gesundheitsfördernde Freizeitgestaltung. Auch hierauf zielen unsere Forderungen in den Bereichen Ökologie, grüne Stadtentwicklung und Konversionsflächengestaltung ab: Wir wollen möglichst vielen Menschen in Mannheim eine attraktive und gesunde Landschaft bieten, die wohnortnah zum Spaziergang, Radfahren oder Schwimmen einlädt und für alle, ob im Verein organisiert oder nicht, ob alt oder jung, kostengünstige Sport- und Freizeitmöglichkeiten bereit hält.

Selbsthilfe chronisch Kranker und Behinderter verbessern

Die Universitätsmedizin Mannheim ist nicht nur in medizintechnischer Hinsicht ein überregional beachteter Leistungsträger in unserer Stadt. Sie ist auch zertifiziertes Vorbild in der Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen, mit deren Hilfe gerade chronisch Kranke ihr Leben oft leichter bewältigen. Leider sind die Selbstorganisations-

möglichkeiten dieser wichtigen Selbsthilfegruppenarbeit bei weitem nicht ausreichend und nachhaltig genug finanziell abgesichert. Dies trifft besonders auf den Bereich der steigenden Anzahl chronisch psychisch Kranker und Behinderter zu. Sie fordern – unseres Erachtens zu Recht – eine verbesserte Organisation im Bereich der kommunalen Ansprechpartner und mehr Unterstützung durch diese in ihren Selbsthilfebemühungen (Psychiatriekoordination).

Ebenso ist die Ausstattung der Aids-Arbeit in Mannheim unzureichend und entspricht nur einem Bruchteil dessen, was andere Großstädte Baden-Württembergs zur Verfügung stellen. Hier muss Abhilfe geschaffen werden.

Sozialpsychiatrischer Dienst und Suchtkrankenhilfe brauchen Unterstützung

Mannheim hatte durch das Zentralinstitut für Seelische Gesundheit inmitten der Quadrate lange Zeit eine führende Rolle in der sozialpsychiatrischen Tradition Deutschlands inne. Diese hat bereits seit den 1960er Jahren zum Ziel psychisch Erkrankten ein Leben mitten in der Gesellschaft zu ermöglichen. Die personelle Ausstattung unseres sozialpsychiatrischen Dienstes, der diesen – modern ausgedrückt – inklusiven Anspruch auch heute umsetzt, ist dem weiterhin steigenden Bedarf in diesem Bereich nicht angemessen. Dies gilt auch für die komplexer gewordenen Problemstellungen in der Suchtkrankenhilfe.

Ambulante Arbeit mit minderjährigen Sexual„straft“ätern

Studien belegen, dass viele erwachsene Sexualstraftäter bereits im Kindes- und Jugendalter auffällig in Erscheinung getreten sind. 25,8 Prozent der Tatverdächtigen bei Vergewaltigung und Nötigung sind unter 21 Jahre alt. Wir müssen dem Fehlverhalten dieser Kinder und Jugendlichen begegnen, bevor es sich verfestigt. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass bei rechtzeitigem Eingreifen viel Leid abgewendet wird und spätere Straftaten verhindert werden können. Letzten Endes wird den Opfern geholfen, wenn man rechtzeitig interveniert. Wichtig bei der Prävention ist, dass Erzieher_innen und Lehrer_innen mit einbezogen und entsprechend geschult werden. Genauso wichtig ist aber auch die konkrete Behandlung im Sinne einer Therapie. Denn Prävention ist besser als Nachsorge. Dem Umgang mit minderjährigen Sexual„straft“ätern muss mehr Beachtung geschenkt und das Thema öffentlich gemacht werden. Zum Einen erfahren potenzielle Täter so, wo sie sich hinwenden können. Andererseits erfahren die Opfer, dass sie ernst genommen und gesehen werden. Da letztere meist auch minderjährig sind, fehlt ihnen oft ebenfalls das Wissen oder auch der Mut sich an entsprechende Anlaufstellen zu wenden. Nur pädagogisches Personal kann in diesen Fällen vermitteln. Wir benötigen dringend eine Anlaufstelle, an die sich die Opfer und pädagogische Fachleute wenden können.



DER MENSCH IM MITTELPUNKT

Das Personal

Nur wer die Gegenwart nicht vergisst, kann an die Zukunft denken. Dass die Auszubildenden bei der Stadt Mannheim für ein Jahr übernommen werden ist eine gute Nachricht. Darüber hinaus müssen gut ausgebildete junge Menschen dauerhaft in der Verwaltung gehalten werden. Der demografische Wandel verlangt einen ausgewogenen Mix zwischen Alt und Jung, zwischen Erfahrung auf der einen Seite und der Auseinandersetzung mit neuen Lebenswirklichkeiten auf der anderen. Jung und Alt ergänzen sich in ihren Talenten.

Ohne motivierte Mitarbeiter_innen gibt es keine funktionierende Verwaltung. Wir können es nicht oft genug sagen: Die Mitarbeiter_innen sind unser Kapital, das gepflegt werden muss. Der Respekt vor den Mitarbeiter_innen der Stadtverwaltung und die Wertschätzung ihrer Arbeit sind die Voraussetzungen für gute Leistungen.

Darüber hinaus gibt es aber auch praktische Unterstützungsmöglichkeiten: Durch Angebote der Fort- und Weiterbildung wird die Voraussetzung für das Konzept des lebenslangen Lernen geschaffen. Personalentwicklungs- und -gewinnungskonzepte müssen Perspektiven für die einzelnen Mitarbeiter_innen aufzeigen. Angebote zur Gesundheitsvorsorge müssen ausgebaut und entsprechende Anreize geschaffen werden. Die Arbeitszeiten und die Angebote zur Kinderbetreuung müssen noch flexibler gestaltet werden um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in der Verwaltung zu erreichen. Um die Erfolgskontrolle zu gewährleisten müssen die dazugehörigen Kennzahlen zukünftig auch im Ziele- und Maßnahmen-Katalog abgebildet werden.

Der Verwaltungsumbau

Nicht nur die Doppik verändert den Etatentwurf, sondern auch der CHANGE²-Prozess bringt Veränderung in den Haushalt. Die Dezernatsschwerpunkte orientieren sich an den sieben strategischen Zielen der Stadt und werden auf die untergeordneten Fachbereiche herunter gebrochen. Der so genannte Outcome, also das ganzheitliche Ergebnis der Maßnahmen, wird anhand von Kennzahlen überprüft und bewertet und soll zukünftig zentrales Steuerungselement sein.

Wirken die Maßnahmen so, dass die Ziele, die Vorgaben, die sich jeder Fachbereich gestellt hat auch

erreicht werden können? Eine große Herausforderung für alle Beteiligten.

Ziele zu beschreiben, Ergebnisse zu messen und Grundlagen dementsprechend zu ändern kann ein Weg sein, um eine Stadt besser zu steuern. Aber: eine Stadt ist kein Wirtschaftsunternehmen, das Produkte mit Gewinn verkaufen muss – auch wenn das einige in diesem Hause gerne glauben mögen. Der Wirkungskreis der Gemeinde ist umfassend, ist universell, so steht es in der Gemeindeordnung.

Politik muss die Bevölkerungs- und Sozialstruktur, die soziale und räumliche Ungleichheit im Blick haben und versuchen hier zum Wohle der Stadt und der Menschen einen Ausgleich zu finden. Dies muss sich auch im Ziele-Katalog der Verwaltung widerspiegeln. Und wenn im Dezernat für Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Kultur kein Ziel aus dem Sozialbereich bei den Dezernatsschwerpunkten zu finden ist, dann werden wir dies nicht nur scharf kritisieren, sondern auch zu korrigieren wissen.

Der Gemeinderat hat nun die wichtige Aufgabe die politische Bewertung für die einzelnen Ziele vorzunehmen. Er kann dabei entweder den Vorschlägen der Verwaltung folgen oder andere Schwerpunkte setzen. Dies ist eine Herausforderung, der sich Politik und Verwaltung in einem gemeinsamen Prozess in den nächsten Jahren stellen müssen.

Beim Zusammenwirken zwischen Verwaltung und Gemeinderat kommt der Verwaltungsspitze bei der Neuordnung der Geschäftskreise eine besondere Aufgabe zu. In anderen Städten sind, wie in der Gemeindeordnung Baden-Württemberg vorgesehen, die Parteien und Gruppierungen entsprechend ihres Wahlergebnisses auf der Dezernatenbank vertreten. Ab 2013 werden auch wir GRÜNE in Mannheim unsere Vorstellungen von einem Bürger_innen-Dezernat umsetzen können.

Die Stadtteilorientierung

Die Idee, verschiedenen Bereiche der Verwaltung wie zum Beispiel Bürgerdienste, Wirtschaftsförderung, Integration, Wahlen, Jugendamt, Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Bürger_innen, Baurecht und Stadtteilarbeit unter einem Dach zu vereinen klingt verlockend. Denn bei einer konsequenten Realisierung des Vorschlags besteht die Chance eine Verwaltung der kurzen Wege und der kurzen Bearbeitungszeiten zu bekommen.



Die Verwaltung hat mit der Umsetzung der Stadtteilorientierung bereits begonnen. Mit der Unterzeichnung des Abschlussberichts des gleichnamigen CHANGE²-Projekts Anfang 2011 wurden in einem ersten Aufschlag Ziele, Instrumente und Maßnahmen zusammengefasst und die drei Akteure benannt, die zu einem erfolgreichen Prozess beitragen müssen: Stadtteilbewohner_innen, Bürgerdienste und Politik. Leider müssen wir zwölf Monate später feststellen, dass der Prozess ins Stocken geraten ist. Weder wurde – wie im Abschlussbericht vorgeschlagen – ein Pilotstadtteil benannt noch wurden andere Maßnahmen für eine Umsetzung eingeleitet. Einzig der Umbau der Bürgerdienste schreitet mit einiger Verspätung voran.

Bewährt hat sich im Hinblick auf die Stadtteilorientierung unsere Idee von der Agenda 21. Daher erscheint es uns plausibel den Prozess von Bürger_innen als Partner_innen auf gleicher Augenhöhe mit der Verwaltung weiter voran zu treiben. Die Verwaltung muss in diesem Zusammenhang erklären, wie sie sich die Zukunft

des – auf Beschluss des Gemeinderats gebildeten – städtischen Agendabüros vorstellt. Das personelle Ausbluten dieser wichtigen Einrichtung muss gestoppt und rückgängig gemacht werden.

Die Servicrufnummer

Ein langjähriger GRÜNER Wunsch ist der nach einer einheitlichen Servicrufnummer für die gesamte Verwaltung. Mit DI15 steht diese Nummer nun zur Verfügung. Die Verwaltung muss dringend eine Lösung für die zeitnahe praktische Umsetzung finden, damit wir in der Region nicht weiter ins Hintertreffen geraten.

Der Datenschutzbeauftragte

Die Schaffung der Stelle eines Datenschutzbeauftragten ist ein weiteres Projekt, das seit Jahren auf der GRÜNEN Agenda und nun kurz vor der Realisierung steht. Wir freuen uns sehr, dass dafür Haushaltsmittel vorgesehen sind.

Schlussbemerkung und Danksagung

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, viele unserer langjährigen GRÜNEN Forderungen und Wünsche wurden von der Verwaltung aufgegriffen und stehen kurz vor der Realisierung. Anders als bei den letzten Etatberatungen stimmen wir bei diesen Etatberatungen nicht über einen Haushaltsentwurf voller Kürzungen ab sondern können feststellen, dass es uns besser geht als wir vor zwei Jahren hoffen durften.

Das ist kein Grund in Euphorie zu verfallen. Wir müssen unsere Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung fortsetzen. Dabei muss unser Ziel sein, Schulden abzubauen UND gleichzeitig Gestaltungsräume zurückzugewinnen. Wenn wir heute wichtige gesellschaftspolitische Weichenstellungen versäumen, werden wir in Zukunft die sozialen Folgen in weitaus größerer Dimension bezahlen müssen.

Wir müssen auch bereit sein Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu korrigieren, damit diese nicht zu Lasten des sozialen Friedens in unserer Stadt gehen. Wir sehen deshalb keine Alternativen zu einer Rückführung der Gewerbesteuer auf das alte Niveau und maßvollen Umschichtungen im Haushaltsentwurf der Verwaltung. Wir werden versuchen in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung und

Betreuung sowie Soziales und im Umwelt- und Klimaschutz Schwerpunkte zu setzen um nachhaltige Entwicklungen anzustoßen. Unser Ziel muss dabei sein, die Bürger_innen in unserer Stadt stärker zu beteiligen und mitzunehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich auch im Namen meiner GRÜNEN Kolleg_innen bei den städtischen Mitarbeiter_innen für ihre Arbeit und ihre Unterstützung bedanken, besonders auch im Hinblick auf die Einführung des NKHR.

Ebenso möchte ich mich bei allen bedanken, die uns im Rahmen der Etatberatungen mit Ideen und Vorschlägen, aber auch mit konstruktiver Kritik unterstützt und uns immer wieder darauf hingewiesen haben, dass bei den Etatberatungen die Menschen und nicht die Zahlen im Vordergrund stehen müssen.

Mein Dank gilt außerdem allen Menschen in Mannheim, die mit ihrer – häufig ehrenamtlichen – Arbeit einen Beitrag dazu leisten, unserer Stadt ein menschliches Gesicht zu geben und die sich um die Gemeinschaft und das Gemeinwesen kümmern.

Uns allen wünsche ich gute und produktive Etatberatungen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort.
Die nicht gesprochenen Passagen wurden zu Protokoll gegeben.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat
Rathaus E5 · 68159 Mannheim

Telefon: 0621-293 9403
Telefax: 0621-15 61 800
E-Mail: gruene@mannheim.de
Internet: www.gruene-mannheim.de

